

BUNDESNAHRICHTENDIENST

III B / III B 4

Tgb.Nr.: 936/74 geheim

14. Oktober 1974

. Ausfertigung

P o l i t i s c h e L a g e

D D R

Nr.: 7/1974

Die DDR feierte am 7.10.1974 ihr 25-jähriges Bestehen. Aus diesem Grund wurde versucht, die innen-, außen- und deutschlandpolitischen Leitlinien darzustellen, nach denen sich die Entwicklung der DDR vollziehen wird. Aus aktuellem Anlaß wurde ferner die Reaktion der DDR-Bevölkerung auf die Änderung der Verfassung, die am 7.10.1974 in Kraft trat, einbezogen.

I. Die innere Entwicklung der DDR

Die weitere gesellschaftspolitische Entwicklung der DDR wird sich getreu der Auffassung der SED, daß der KPdSU die Führung in ideologischen Fragen zusteht, auf dem Boden der von dieser vorgegebenen Maximen vollziehen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß auf dem IX. Parteitag 1976 die "Vollendung des Sozialismus" proklamiert wird. Der Eintritt in die Endphase des "Kommunismus" wird erst verkündet werden, nachdem die Sowjetunion diesen Schritt vollzogen hat. Da eine entsprechende Erklärung KHRUSHCHEVs aus dem Jahre 1964 in der SU nicht mehr erwähnt wird, steht diese Entwicklungsphase auch in der DDR z.Zt. nicht zur Diskussion.

Ansätze einer eigenständigen Weiterentwicklung der kommunistischen Theorie, wie sie in der DDR zuletzt noch unter ULBRICHT zu beobachten waren, sind von dessen Nachfolger rigoros beseitigt worden. Unter HONECKER sind national-kommunistische Tendenzen, die bei deutschen Kommunisten traditionell vorhanden sind ("MARX und ENGELS waren schließlich Deutsche") chancenlos.

Die Zusammensetzung der SED-Führungsspitze garantiert die Beibehaltung dieser Linie. In den obersten Führungsgremien der Partei (Politbüro, ZK-Sekretariat) überwiegt die Gruppe der moskautreuen Dogmatiker und der gelernten Parteifachleute. Unterstützt, aber machtpolitisch nicht in Frage gestellt, wird sie von den sogenannten Technokraten, d.h. jenen qualifizierten Fachleuten mit Bildungshintergrund, die zur Lenkung eines modernen Industriestaates unentbehrlich sind.

Die Führungssituation an der SED-Spitze ist stabil, die persönliche Führungsrolle von Parteichef HONECKER unbestritten. HONECKER, der mit KPdSU-Chef BRESHNEV enge persönliche Kontakte pflegt, konnte seine Position bereits im Herbst 1973 (10. ZK-Plenum) endgültig festigen, nachdem eine Reihe neuer Mitglieder, die als seine Gefolgsleute ausgewiesen sind, in das Politbüro aufgerückt sind. Durch die Verbreiterung der personellen Basis konnten gefährliche Machtzusammenballungen aufgelöst und personelle Alternativen geschaffen werden, die Homogenität und Kontinuität der Führung auch bei personellen Veränderungen sichern. Spektakuläre personelle Veränderungen sind deshalb bis 1976 (IX. Parteitag der SED) unwahrscheinlich. Einzelne Positionsverschiebungen sind nicht ausgeschlossen, da einige Spitzenfunktionäre auf Grund ihres hohen Alters (z.B. Friedrich EBERT) ausscheiden werden oder infolge persönlicher Krisen in ihrer Funktion gefährdet sind (z.B. KROLIKOWSKI). Gelegentliche Spannungen zwischen Spitzenfunktionären beruhen auf persönlichen Aversionen oder sachlich begründeten Interessengegensätzen, nicht aber auf fundamentalen ideologischen Unterschieden.

Zur Stabilisierung der Führungssituation in Partei und Staat sowie zur allgemeinen Konsolidierung der innenpolitischen Lage hat die Erreichung des so lange angestrebten Zieles der weltweiten völkerrechtlichen Anerkennung wesentlich beigetragen. Gleichwohl wird die innenpolitische Situation der DDR von Problemfaktoren beeinflusst, die zum Teil noch lange in die Zukunft hineinreichen werden:

- Die Absicht der SED, durch sozialpolitische Veränderungen - die Arbeiterklasse wird privilegiert, Bauern werden zu Industriearbeitern auf dem Lande, kirchlich gebundene DDR-Bürger zu "sozialistischen Staatsbürgern christlichen Glaubens", Handwerksbetriebe werden verstaatlicht - ihre Wertvorstellungen durchzusetzen und die Grundlagen für eine kommunistische Gesellschaftsordnung zu schaffen, stößt nach wie vor auf den Widerstand der benachteiligten Bevölkerungsschichten.
- Das Ziel der SED, das auf Grund der großen wirtschaftlichen Aufbauleistung entwickelte Selbstwertgefühl der DDR-Bevölkerung in ein DDR-spezifisches Nationalbewußtsein umzuwandeln, ist noch nicht erreicht worden.
- Die außenpolitische Öffnung und die weltweite Entspannungspolitik vermehren den Wunsch der Bevölkerung nach Liberalisierung und Freizügigkeit. Die Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland hält die Fluchtbereitschaft aufrecht, die forciert betriebene Ost-Integration verstärkt chauvinistische Tendenzen in der DDR, insoweit die eigene wirtschaftliche Leistung fremden Interessen zugutekommt.
- Die zunehmende internationale handelspolitische Verflechtung der DDR macht das Spannungsverhältnis zwischen Ideologie und wissenschaftlich-technischer Objektivität und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit immer spürbarer.
- Ein großer Teil der staatlichen Aktivitäten muß weiterhin auf die Kontrolle und Disziplinierung der Bevölkerung verwandt werden und steht für Fürsorgeleistungen sowie zur Hebung des Lebensstandards nicht zur Verfügung.

Da die Durchsetzung gesellschaftspolitischer Ziele ohne die stabile Entwicklung der Wirtschaft nicht möglich ist, wird die Partei- und Staatsführung diesem Bereich auch in Zukunft ein hohes Maß an Aufmerksamkeit widmen. Politisch ist die Entwicklung durch folgende Faktoren vorgezeichnet:

- Erhöhung des Einflusses der SED durch die Erfassung peripherer Wirtschaftsbereiche in bezug auf Planerstellung, Produktionsprogramme, Investitionen und Plankontrolle.
- Ausrichtung der Wirtschaft gegen die Vorbehalte vieler Wirtschaftsfunktionäre auf die Bedürfnisse der sozialistischen Partnerländer.

Um eine Gefährdung der Wirtschafts- und Gesamtentwicklung durch eine Abnahme der Leistungsbereitschaft der Bevölkerung auszuschließen, verbindet die SED unter HONECKER ihre Leistungsappelle mit der Vergabe materieller und sozialpolitischer Anreize. Der Erfolg dieser Politik wird aber dadurch geschmälert, daß solche Maßnahmen in der Regel als fälliger Ausgleich für längst erbrachte Vorleistungen aufgenommen werden, der Gewöhnungseffekt den Ausnahmecharakter überlagert und - mit einem Seitenblick auf den Westen - weitere "Gewinnbeteiligungen" gefordert werden.

Abgesehen von solchen Zugeständnissen versucht die SED in ihrem Machtbereich unter Einsatz der Disziplinierungsmittel der Partei und des Kontrollinstrumentariums des Staates die gesellschaftspolitische Entwicklung von störenden Einflüssen freizuhalten. Auf die Gefahren, die vor allem im Gefolge der Entspannungspolitik auch im Bereich der DDR auftreten ("Warum brauchen wir noch eine Mauer und eine kostspielige NVA"; "Warum dürfen wir nicht reisen, wohin wir wollen") reagiert die SED mit ideologisch motivierter Härte. Weitere innenpo-

litische Bereiche, wie das Erziehungs- und Bildungswesen, Kunst und Kultur, Kirchenpolitik, sind davon betroffen. Das Verhalten gegenüber der DDR-Jugend zeigt jedoch, daß Partei- und Staatsführung gelernt haben, zwischen ideologischen Erfordernissen und pragmatisch bedingter Rücksichtnahme zu variieren.

- 7 -

II. Außenpolitik der DDR

Zum 25. Jahrestag konnte die DDR ihre Ausstattung mit dem klassischen diplomatischen Instrumentarium der Außenpolitik abschließen: Sie ist Vollmitglied der VN und hat Beziehungen zu fast allen Staaten, darunter zur Bundesrepublik Deutschland und seit einigen Wochen auch zu den Vereinigten Staaten. Untersucht man die Interessenlage der DDR, oder besser die der SED-Führung, so treten zwei Aspekte als wesentlich hervor:

- die Bindung an die Interessen der Sowjetunion;
- die Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland.

Beide Aspekte, die in einem engen inneren Zusammenhang stehen, verhindern weitgehend eine unbefangene, an momentanen Interessen und wechselnden Zielen orientierte Außenpolitik, wie dies für andere Staaten der Größenordnung der DDR typisch und durchsetzbar zu sein pflegt.

Der Einsatz der außenpolitischen Möglichkeiten der DDR für Hilfsfunktionen der sowjetischen Außenpolitik erfordert eine ständige und intensive Koordination, die auf allen Ebenen zwischen Moskau und Ost-Berlin zur selbstverständlichen Routine geworden ist. Interessen, Wünsche, Vorstellungen der "Freunde" sind - das geht aus zahlreichen Hinweisen hervor - Maxime der Außenpolitik der DDR. Schwierigkeiten, die bei der praktischen Durchführung

- 8 -

auftauchen können (vor allem in ungeklärten Situationen wie z.B. nach dem Rücktritt von Bundeskanzler BRANDT) geben Anlaß zur intensivierten Abstimmung. Hinweise auf Differenzen sind meist taktisch bestimmte Sprachregelungen, also bereits Element der gemeinsamen Politik.

Die Koordination mit Moskau hat für Ost-Berlin absoluten Vorrang vor denkbarer Solidarität mit den übrigen Blockpartnern. Sie erwächst aus der Erkenntnis der SED-Führung über die zwangsläufige Abhängigkeit von der östlichen Führungsmacht sowie in ebensolchem Maße aus einer tatsächlichen Interessenparallelität; lediglich dort wo - wie auf wirtschaftlichem Gebiet - eine solche Parallelität nicht besteht, muß die DDR in aller Regel sich beugen. Deutlich wird diese Haltung im Verhältnis zu Rumänien, dessen Politik bei SED-Funktionären auf Unverständnis stößt. Das geht so weit, daß SED-Funktionäre Bedenken haben, nach Rumänien zu reisen - aus Furcht, in karriere-schädliche Situationen zu geraten. Symptomatisch für die blockinternen Hilfsfunktionen der DDR im Verhältnis zu Moskau ist andererseits die Pflege der Beziehungen zu der - für Ost-Berlin an sich uninteressanten - MVR; deren seit einiger Zeit zu beobachtende Intensivierung einen eindeutig gegen Peking gerichteten Charakter hat.

Besseren Beziehungen zu Polen, das aufgrund der geographischen Nachbarschaft und der strukturellen Ähnlichkeiten zur DDR dafür prädestiniert wäre, ein Musterfall der Integration im RGW zu werden, stehen trotz zahlreicher Absichtserklärungen auf der Führungsebene noch zu viele Schwierigkeiten im Wege.

- 9 -

Die Bindung der DDR-Außenpolitik an die Interessen der Sowjetunion ist auch außerhalb des Blocks wirksam. Praktiziert wird sie in der ständigen Zusammenarbeit, d.h. in der Unterordnung unter die Expertise der sowjetischen Diplomaten. Besonders qualifizierte Vertreter der DDR, wie VN-Botschafter FLORIN, sind als Verstärkung für die sowjetische Diplomatie zu beurteilen.

Positionen, die die SU nicht übernehmen kann oder will, werden in einzelnen Fällen von der DDR wahrgenommen. Ein Beispiel dafür ist die besonders intensive Unterstützung fast aller Palästina-Organisationen durch Ost-Berlin. Die DDR will erklärtermaßen keine diplomatischen Beziehungen zu Israel aufnehmen.

In der Haltung der DDR zu den Staaten der "Dritten Welt", die bislang - vor allem unter dem Aspekt der Anerkennungs politik - ein Schwerpunkt ihrer Außenpolitik waren, tritt gegenwärtig eine gewisse Differenzierung ein. Es werden nur noch solche "jungen Nationalstaaten" - mit geringem Einsatz übrigens, es sei denn, es handelt sich um ein wichtiges sowjetisches Ziel - gefördert, die sich "auf einem sozialistischen Entwicklungsweg" befinden. Im übrigen werden von der DDR-Diplomatie zunehmend auch Interessensgegensätze zwischen sozialistischem Lager und der "Dritten Welt" konstatiert (z.B. Rohstoffkonferenz, Seerechtskonferenz).

- 10 -

Unter dem Aspekt der innerdeutschen "Abgrenzung" hat der Gewinn außenpolitischer Handlungsfähigkeit einen besonderen Wert. Nur mit Hilfe des formellen diplomatischen Instrumentariums könnte Ost-Berlin die gesamtdeutschen Vorbehalte der Bundesrepublik gegenstandslos machen. Im Ganzen tritt aber die DDR im nichtkommunistischen Ausland - jedenfalls außerhalb der multilateralen Organisationen - bei der Verfolgung eigener Ziele bisher eher bescheiden auf, was nicht zuletzt auch auf die Schwierigkeiten beim Ausbau ihres auswärtigen Dienstes zurückzuführen sein dürfte und verfolgt eine Politik des "Low profile". Unter weitgehendem Verzicht auf eine Sonderrolle ordnet sie sich in Drittländern in die Reihe der sowjetischen Verbündeten ein. An eigener Tätigkeit spielt das Streben nach Konsularvereinbarungen (s.u.) und die Abwehr westlicher Entschädigungsforderungen (eine unangenehme Folge der internationalen Aufwertung !) eine Rolle.

Die Selbstdarstellung richtet sich, da eine wirtschaftliche Konkurrenz mit Bonn aus Kapazitätsgründen nur punktuell möglich ist, vor allem auf kulturpolitische Themen. Die DDR will jenen Teil aus dem kulturellen Erbe der Deutschen repräsentieren, der dem "sozialistischen Humanismus" zugerechnet werden kann. Die Erfolgsaussichten der Bemühungen, im Schatten einer weltweiten "modernen" Medien-Kultur eine "sozialistische" deutsche Kultur anzubieten, sind indessen noch gering.

Seit Abschluß der Anerkennungsbestrebungen, die der DDR im Verhältnis zu auswärtigen Staaten ein überschauberes Ziel vorgegeben hatten und das fast Selbstzweck geworden war, gewinnen die Beziehungen der SED mit den regierenden

- 11 -

und nichtregierenden kommunistischen Parteien zunehmend an Bedeutung. Die ZK-Abteilung "Internationale Beziehungen" ist das eigentliche außenpolitische Entscheidungs-, Koordinations- und Kontrollorgan der DDR. Ihr stehen die nach außen wirkenden Instrumente - MFAA, gesellschaftliche Organisationen, Außenhandel, Freundschaftsgesellschaften - für ihre Zwecke zur Verfügung.

Damit wird die völkerrechtlich abgesicherte außenpolitische Aktivität zweitrangig gegenüber der - im Selbstverständnis der SED - einer höheren Gesetzmäßigkeit unterliegenden internationalen Solidarität unter den Parteien der Arbeiterklasse.

Auf der Ebene der Parteibeziehungen wird nach der von Moskau vorgegebenen Zielsetzung die gesellschaftspolitische Offensive in Westeuropa vorgetragen. Ost-Berlin kann hier zwar nur einen bescheidenen Beitrag leisten; es hat aber damit den Kräften, die in den westeuropäischen Ländern für die - jetzt erreichte - Anerkennung tätig waren, eine neue Zielsetzung und Motivation gegeben.

- 12 -

III. Deutschlandpolitik der DDR

Für die Führung der DDR ist der Gewinn internationaler Handlungsfähigkeit und Gleichrangigkeit mit der Bundesrepublik Deutschland gleichbedeutend mit Entspannung; Ost-Berlin identifiziert die Normalisierung mit der Anerkennung seiner vollen Souveränität und interpretiert gesamtdeutsche Vorbehalte als aggressive und entspannungsfeindliche Haltung. Abgrenzung von der Bundesrepublik Deutschland und Integration im Sowjetblock sind in der Sicht Ost-Berlins ein und derselbe Vorgang: Die Bildung einer sozialistischen Nation in der DDR als einem der Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches. Die Verfassungsänderung hat dieses seit dem VIII. Parteitag 1971 deutlich werdende Konzept lediglich nachvollzogen.

Der Grundvertrag gibt der DDR nach einer Äußerung HONECKERS "alle Möglichkeiten der Interpretation". Er glaubt, daß im Laufe der Zeit sich die normative Kraft des Faktischen bewähren wird, und der internationale Charakter der deutsch-deutschen Beziehungen gesamtdeutsche Vorbehalte in den Hintergrund drängen wird. Bei den Folgeverhandlungen zum Grundvertrag kommt es Ost-Berlin darauf an, die Abgrenzung

auf allen Verhandlungsgebieten zu vollziehen, insbesondere die Rechtseinheit, wo sie noch vorhanden ist, abzubauen und die Kontaktmöglichkeiten zu kanalisieren. Im übrigen ist die DDR bestrebt, für sich ökonomische Vorteile zu sichern. An der Zusammenarbeit auf Gebieten, die Erinnerungen an gemeinsame Geschichte und Kultur wecken, ist sie nicht interessiert. Die Verhandlungen über ein Kulturabkommen werden von der DDR mit massiven Forderungen nach Vorleistungen belastet. Auf Jahre hinaus ist nur ein minimaler Kulturaustausch mit der Bundesrepublik Deutschland geplant.

Zwei Probleme belasten alle Folgeverhandlungen: Die Einbeziehung West-Berlins und die Staatsangehörigkeitsfrage..

Langfristiges Ziel der DDR ist, durch Ausbau der separaten Beziehungen zu West-Berlin den eigenen Einfluß dort zu verstärken und dem der Bundesregierung entgegenzuwirken. Mit den demonstrativen Aktionen gegen den Transitverkehr nach West-Berlin wollte die DDR deutlich machen, wie weitgehend die Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin zu ihrer Disposition stehen und über welche Disziplinierungsmittel sie gegen nach ihrer Meinung vertragswidriges Verhalten verfügt.

Ost-Verträge und KSZE-Abschluß werden von der DDR als quasi-Friedensvertrag betrachtet. Einzige Ausnahme dieser Nachkriegsregelung bliebe in den Augen der DDR das Besatzungsregime über - so ihre Auffassung - "West-Berlin". Es ist damit zu rechnen, daß die DDR bemüht bleiben wird, im Wege der Pression und der eigenen Interpretation des

- 14 -

Viermächte-Abkommens den Sonderstatus West-Berlins zunächst zu stabilisieren, um ihn später zu ihren Gunsten abzubauen. Hier - wie auch sonst gelegentlich im deutsch-deutschen Verhältnis - stellt sich allerdings die Frage, inwieweit übergeordnete Interessen Moskaus dem zwar nicht prinzipiell, aber von Fall zu Fall entgegenstehen.

Nach den Worten eines führenden SED-Funktionärs ist die Klärung der Staatsangehörigkeitsfrage das langfristig wichtigste Ziel der DDR in den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland. Die DDR sieht ein, daß mit einer schnellen Regelung nicht zu rechnen ist. Sie hat deshalb eine indirekte Strategie gewählt und bemüht sich, in Konsularabkommen mit neutralen und westlichen Staaten eine eigenständige Staatsangehörigkeit bestätigt zu erhalten. Damit soll die Auffassung der Bundesregierung, die von einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit ausgeht, international unhaltbar gemacht werden. Im innerdeutschen Verhältnis bemüht sich die DDR, Präzedenzfälle zu schaffen, in denen wenigstens die Duldung einer DDR-Staatsangehörigkeit durch bundesrepublikanische Behörden nachzuweisen ist.

Für künftige Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin hält die DDR eine Reihe von weiteren Problemen bereit, die je nach Stand der Verhandlungen aktiviert werden können: Begrenzung (= Abbau) der Bundespräsenz, Erfassungsstelle Salzgitter, Mindestumtausch, Handel mit Mark der DDR, Überlagerung des Transitverkehrs durch die "öffentliche Ordnung der DDR" und die "Einhaltung der Bestimmungen des Vertragssystems" durch die Bundesrepublik Deutschland, Fluchthilfe, Swing-Verlängerung. Bei der Vorbereitung dieser "Kulisse" war die DDR bemüht, nicht selbst in Zugzwang zu geraten.

- 15 -

Nach Abschluß des Grundvertrages hat die Politik der DDR in der deutschen Frage sowohl zeitlich als auch räumlich einen wesentlich erweiterten Horizont erhalten. Ziel ist nicht mehr, wie noch in den 50iger Jahren: Deutsche an einen Tisch ! Die Bundesrepublik Deutschland erscheint vielmehr nur noch als Bestandteil des "kapitalistischen" Westeuropa. Daß dennoch die Beobachtung und Beeinflussung der Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland ein Schwerpunkt der Politik der DDR ist, beweist die Existenz des besonders qualifizierten "Westarbeits"-Apparates der SED, der die Beziehungen zur DKP, der "Partei der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Deutschland", und die Propaganda in der "Linken" der Bundesrepublik Deutschland betreibt.

Die SED stellt die Zukunft der beiden deutschen Staaten in einen "europäischen Rahmen". Sie schließt weitere sozialpolitische Veränderungen in Westeuropa, die es ermöglichen würden, auch zu einer neuen Art von Beziehungen zwischen den deutschen Staaten zu kommen, nicht prinzipiell aus. Sie verkennt jedoch nicht, daß im Augenblick der Aufwand, gemessen an ihren Kapazitäten unverhältnismäßig groß, der Realisierungsgrad dagegen sehr gering ist.

Der Verzicht auf die Perspektive eines sozialistischen "deutschen Reiches" liegt nicht nur im Interesse der Moskauer Westeuropapolitik. Er dürfte, wie die Reaktionen speziell in Polen und der CSSR zeigen, u.a. mit Rücksicht auf das Verhältnis zu den Sowjetblockländern ausgesprochen worden sein. Unter SED-Ideologen wird in jüngster Zeit

- 16 -

auf die Frage, weshalb die SED solange am Konzept einer Wiedervereinigung festgehalten habe, geantwortet: Nur durch Propagierung gesamtdeutscher Ziele habe die Arbeiterklasse für die SED gewonnen werden können. Zur Absicherung dieser Argumentation wird die "marxistisch-leninistische These vom Primat der sozialen gegenüber der nationalen Frage" herangezogen. Aber gerade auch die "Nacht- und Nebel"-Aktion, mit der die jüngste Verfassungsänderung durchgeführt wurde, ohne sie vorher der Bevölkerung zu erklären, zeigt, daß die SED-Führung hierbei nicht frei von Bedenken handelte. Sie mag darauf hoffen, daß ihre Verschweige- und Hinhaltetaktik auch hier zu einem Gewöhnungseffekt führen wird. Sie kann aber - zumal im Rahmen einer Staatengemeinschaft, deren sonstige Mitglieder stark nationalistisch geprägt sind - nicht damit rechnen, daß sie mit dieser, auch innerhalb der DDR als gekünstelt und unzulänglich empfundene, Argumentation die Frage nach der "Deutschen Nation" für alle Zukunft beseitigt hat.

IV. Reaktion der DDR-Bevölkerung auf die Verfassungsänderung

Nach der 13. Tagung der DDR-Volkskammer (27.9.1974) erhielt die DDR-Presse Anweisung, zunächst keine eigenen Kommentare zur Eliminierung des Begriffs "Deutsche Nation" aus dem Verfassungstext von 1968 zu bringen. Es sollte erst die Reaktion des Westens abgewartet werden.

Die parteiinterne Berichterstattung ergab folgendes Bild:

1. Da weder von Parteichef HONECKER vor der Volkskammer noch durch die DDR-Medien die Ausmerzung des Begriffs "Deutsche Nation" und des Wiedervereinigungsgebots aus der DDR-Verfassung, erwähnt wurde, gab es bei einem großen Teil der DDR-Bewohner anfangs kein klares Bild vom konkreten Inhalt der Verfassungsänderung. Erste kritische Stimmen bemängelten zunächst, daß
 - die erst 1968 zustande gekommene und seinerzeit ausgiebig diskutierte Verfassung bereits wieder geändert worden sei;
 - die durch Volksentscheid zustande gekommene Verfassung nur durch Volksentscheid habe geändert werden dürfen;
 - die Änderung der Verfassung nicht wenigstens vorher mit der Bevölkerung diskutiert worden sei, wie dies bei anderen grundlegenden Gesetzen üblicherweise geschehe.
2. "Offenbar unter dem Einfluß feindlicher Propaganda"
 - die DDR-Bevölkerung hatte sich inzwischen über Fernsehen und Rundfunk der Bundesrepublik über den Inhalt der Verfassungsänderung informiert - lebte die Diskussion auf. Die Absage an die deutsche Nation fand die stärkste

- 18 -

Kritik. Zwar gab es zahlreiche beifällige Äußerungen linientreuer SED-Mitglieder; häufig waren jedoch folgende Argumente zu hören:

- Die Deutschen seiennun einmal eine Nation; daran könne auch eine Verfassungsänderung nichts ändern (SED-Funktionäre dazu: "Der Klassencharakter der nationalen Frage wird noch nicht immer voll verstanden".);
- "Durch die Verfassungsänderung wird die Wiedervereinigung unmöglich gemacht;"
- "Unsere Verwandten in der Bundesrepublik stehen uns immer noch näher als die SU."
- "Werden die Kontaktmöglichkeiten mit unseren Verwandten in der Bundesrepublik jetzt noch stärker eingeeengt?"
- "Welche Nationalität haben wir jetzt ? Sind wir keine Deutschen mehr, sondern Bürger der Sowjetunion ?"

Schroff wurde die Frage gestellt: Kommt es jetzt zu weiteren Umbenennungen, soll das Wort "deutsch" völlig verschwinden z.B. aus DDR, "Neues Deutschland", Deutsche Reichsbahn, Deutsche Post ? Wird der Text der Nationalhymne jetzt auch geändert ?

Über das auf die Volkskammertagung folgende Wochenende und auch noch die Zeit danach registrierten ferner die Parteidienststellen ein sprunghaftes Ansteigen der sog. "besonderen Vorkommnisse". DDR-Fahnen wurden verunglimpft, zerrissen oder verbrannt, Embleme, die aus Anlaß des 25. Gründungstages der DDR angebracht worden waren, wurden beschädigt.

- 19 -

3. Enttäuscht zeigten sich viele DDR-Bürger darüber, daß erhoffte sozialpolitische Verbesserungen ausgeblieben sind. "Statt wirtschaftlicher Verbesserungen bekommen wir Paragraphen vorgesetzt, die wir nicht gebilligt hätten, wenn man uns gefragt hätte".
4. Mit Skepsis, vor allem von seiten älterer DDR-Bürger, wurde die Herabsetzung des passiven Wahlrechts zur Volkskammer von 21 auf 18 Jahre aufgenommen.

Einzelne DDR-Bewohner brachten ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck, daß Aufgaben und Befugnisse der Volkskammer, des Staatsrats und des Ministerrats bisher nicht klar genug voneinander abgegrenzt gewesen sind.